



Energie- und Mobilitätskosten außer Kontrolle: Bundesregierung muss jetzt handeln

1. Kostenkrise verschärft sich – geopolitische Risiken treffen den Standort Deutschland

Die aktuellen Preissteigerungen bei Kraftstoffen sind Ausdruck umfassender Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten. Geopolitische Spannungen führen zu steigenden Rohstoffpreisen, erhöhter Volatilität und Belastungen globaler Lieferketten.

Diese Entwicklung wirkt weit über den Verkehrssektor hinaus und betrifft die gesamte wirtschaftliche Aktivität in Deutschland. Energie- und Mobilitätskosten steigen parallel und entfalten eine breite Wirkung entlang industrieller und dienstleistungsorientierter Wertschöpfungsketten.

Die befristete Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel ist ein wichtiger erster Schritt zur Entlastung des Mittelstands, reicht jedoch bei weitem nicht aus. Weitere gezielte Entlastungsmaßnahmen müssen nun zügig auf den Weg gebracht werden.

2. Mittelstand unter Druck – Belastung kumuliert, Handlungsspielräume schwinden

Für den Mittelstand kumulieren sich derzeit mehrere Belastungsfaktoren:

- steigende Energie- und Mobilitätskosten sowie explodierende Rohstoffkosten (z. B. Bau- und Industriematerialien)
- zunehmende Unsicherheit in Lieferketten
- eingeschränkte Möglichkeiten zur Kostenweitergabe
- sinkende Investitionsspielräume

Mittelständische Unternehmen sind strukturell stärker betroffen als Großunternehmen, da sie geringere Möglichkeiten zur Absicherung gegen Preisschwankungen haben und Kostensteigerungen häufig nicht vollständig an Kunden weitergeben können.

Die Folge ist eine spürbare Einengung unternehmerischer Handlungsspielräume.

3. Bundesregierung in der Pflicht – Kosten sind politisch mitverursacht und beeinflussbar

Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, kurzfristig weitere wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Kostenbasis und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen.

Ein bloßes Verweisen auf internationale Marktentwicklungen greift zu kurz.

Ein erheblicher Anteil der Energie- und Mobilitätskosten ist durch staatliche Abgaben, Umlagen und regulatorische Rahmenbedingungen geprägt – und damit politisch gestaltbar.

Vor diesem Hintergrund ist ein aktives und entschlossenes Handeln erforderlich.

4. Jetzt handeln – fünf konkrete Schritte zur Stabilisierung des Standorts

4.1 Staatliche Preisbestandteile senken – Entlastung sofort wirksam machen

- Dauerhafte Absenkung der Energie und Stromsteuern auf das europäische Mindestmaß
- Überprüfung und temporäre Anpassung CO₂-bedingter Zusatzkosten
- Dauerhafte Reduktion staatlicher Preisbestandteile bei Kraftstoffen

Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass staatliche Abgaben die aktuelle Kostenkrise nicht zusätzlich verschärfen.

4.2 Planungssicherheit schaffen – Investitionen absichern statt gefährden

- Weiterentwicklung und Verlängerung bestehender Entlastungsinstrumente für KMU
- Einführung wirksamer Mechanismen zur Abfederung kurzfristiger Preisspitzen
- Verlässliche politische Rahmenbedingungen für Investitionen
- Wiedereinführung und Ausweitung von Stoffpreisgleitklauseln in öffentlichen Vergaben zur Absicherung gegen extreme Preisvolatilitäten

Unternehmen benötigen kurzfristig belastbare Perspektiven, um Investitionsentscheidungen treffen zu können.

4.3 Versorgung sichern – Energie- und Rohstoffflüsse aktiv stabilisieren

- Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung durch beschleunigte Genehmigungsverfahren und verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen zur Sicherung von Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

- Konsequente Nutzung strategischer Reserven und Speicher
- Stärkung der europäischen Koordination bei Energie- und Rohstoffversorgung
- Absicherung kritischer industrieller Vorprodukte und Lieferketten

Versorgungssicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und muss entsprechend priorisiert werden.

4.4 Belastungsmoratorium umsetzen und Entlastungen endlich auf den Weg bringen

- Verzicht auf neue Abgaben oder regulatorische Verschärfungen
- Überprüfung bestehender Regelungen auf ihre Krisentauglichkeit
- Vermeidung nationaler Alleingänge mit wettbewerbsverzerrender Wirkung

In einer Phase außergewöhnlicher Kostenbelastung darf es keine zusätzlichen politischen Kostentreiber geben.

4.5 Transformation pragmatisch gestalten – Wettbewerbsfähigkeit erhalten

- Technologieoffene Ausrichtung der Energie- und Verkehrspolitik
- Abstimmung von regulatorischen Anforderungen und wirtschaftlicher Umsetzbarkeit
- Sicherstellung tragfähiger Rahmenbedingungen für Investitionen

Transformation kann nur erfolgreich sein, wenn sie wirtschaftlich umsetzbar bleibt.

4.6 Kraftstoffkosten wirksam begrenzen – bestehende Maßnahmen reichen nicht aus

- Weitergehende Absenkung staatlicher Preisbestandteile auf Kraftstoffe auf das europäische Mindestmaß
- Überprüfung der CO₂-Bepreisung im Verkehrssektor mit Blick auf die aktuelle Ausnahmesituation und deren kumulative Belastungswirkung
- Gezielte und unbürokratische Entlastung besonders betroffener Branchen (z. B. Logistik, Handwerk, Entsorgung, Bau), die auf bezahlbare Mobilität angewiesen sind
- Konsequente Sicherstellung von Markttransparenz und Wettbewerb entlang der Wertschöpfungskette

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung greifen zu kurz.

Angesichts der Dynamik der Preisentwicklung ist eine **Nachsteuerung erforderlich**, um eine weitere Verschärfung der Kostenbelastung für den Mittelstand zu verhindern.

5. Untätigkeit hat Folgen – Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in Gefahr

Ohne zeitnahe und wirksame Maßnahmen drohen:

- eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit
- rückläufige Investitionen

- Verlagerung von Produktion ins Ausland
- eine beschleunigte Deindustrialisierung

Diese Entwicklungen sind bereits in Ansätzen erkennbar und würden sich bei ausbleibendem Handeln weiter verstärken.

6. Klare Erwartung: Die Bundesregierung muss jetzt liefern

Die Bundesregierung ist aufgefordert,

- kurzfristig wirksame Entlastungen umzusetzen
- strukturelle Wettbewerbsnachteile zu adressieren
- Versorgungssicherheit aktiv zu gewährleisten
- Planungssicherheit für Unternehmen herzustellen

Ein Abwarten oder der Verweis auf langfristige Strategien ist angesichts der aktuellen Lage nicht ausreichend.

Die Kostenkrise ist kein Naturereignis, sondern in wesentlichen Teilen politisch beeinflussbar. Die Bundesregierung ist gefordert, jetzt entschlossen zu handeln, um die wirtschaftliche Substanz des Mittelstands zu sichern.

Mitzeichnende Verbände:

- Der Mittelstand. BVMW e.V.
- Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V.
- Bundesverband Feuerverzinken e.V.
- vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V.
- Industrieverband Körperpflege und Waschmittel e.V.
- bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.
- Verband Deutscher Metallhändler und Recycler e.V.
- Bildungsverband der Träger beruflicher Bildung e.V.
- [vdav] - Verband Deutscher Auskunfts- und Verzeichnismedien e.V.
- Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen e.V.
- BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.
- Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V.

Kontakt:

Sebastian Krauß
 Bundesgeschäftsführer Politik Inland
 E-Mail: sebastian.krauss@bvmw.de
 Tel.: +49 30 533 206 - 304